

## Kohl's „geistig-moralische Wende“: heiligt der Zweck die Mittel?

Kaum hatte CDU-Schatzmeister Burgbacher seinen Finanzbericht vorgetragen, da verlangte der junge Helmut Kohl das Wort. Wie so oft scheute er sich auch am 13. Februar 1967 nicht, im CDU-Bundesvorstand die Dinge beim Namen zu nennen. Die Spendenfinanzierung der CDU sei unverantwortlich: „Es ist doch skandalös - ich verwende diesen Ausdruck bewußt -, daß wir erst über ein Parteiengesetz in diesem Punkt zur innerparteilichen Demokratie kommen.“ Und „Wenn jemand eine Dissertation schreibe über das innere Gefüge der CDU, dann könnte er klar nachweisen, daß die CDU keine demokratische Partei ist.“

Vieles, was in der aktuellen Spendendebatte als „System Kohl“ bekannt wird, ist aus der Adenauerzeit durchaus vertraut. Das Finanzgebaren der Ära Kohl ist in gewisser Weise ein Relikt jener Praxis, die sich bei der CDU in den fünfziger Jahren einspielte. Der zweite große Unionsvorsitzende hielt am überlieferten Spendenwesen fest.

Die CDU war auf Wirtschaftsspenden angewiesen, und die Freigiebigkeit der Unternehmen und Verbände hing von drei Bedingungen ab: Die Spende sollte anonym bleiben, steuerlich absetzbar sein und möglichst zentral erfaßt werden. Als förderungswürdig galten alle Parteien, die Erhards Wirtschaftspolitik unterstützten.

1954 setzte die CDU gegen die Stimmen der SPD die steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden durch. Demgegenüber wurde das Gesetz, das die Rechenschaftspflicht der Parteien hätte verankern sollen, so lange verschleppt, bis 1966 schließlich das Bundesverfassungsgericht eingriff.

Vom Bundesvorstand bis zu den Ortsverbänden kannte die CDU kaum ein wichtigeres Thema als die Beschaffung von Finanzmitteln. Helmut Kohls Generation wuchs in einem Klima auf, in dem das Eintreiben von Geld eine wichtige innerparteiliche Kompetenz ausmachte. Koordiniert wurde das CDU-Spendensystem vom Kanzleramt. Dabei waren nicht die offiziellen Parteispitzen maßgeblich, sondern die persönlichen Vertrauten Adenauers. Selbst die CDU-Schatzmeister spielten im Vergleich zu Adenauers Beratern eine untergeordnete Rolle. Der Kanzler rügte die Schatzmeister, wenn sie selbstständig Spenden akquirierten, und verpflichtete sie, gewagte Finanzaktionen von seinem persönlichen Umfeld prüfen zu lassen. Neben den beiden Bankiers Abs und Pferdenges agierte Staatssekretär Globke als zentrale Schaltstelle. Er koordinierte die Parteikonten und hielt den Kanzler auf dem Laufenden. Innerhalb der föderal strukturierten CDU war die Finanzhoheit eine Machtressource, die von Adenauer als Herrschaftswissen gehütet wurde. Dank seines latenten Mißtrauens wurden die Spendenkonten im Bundesvorstand nie genauer thematisiert.

Doch war in der Partei bekannt, daß vom Kanzleramt aus Extrakonten verwaltet wurden. Bei dringenden Finanzproblemen wandten sich die Landesvorsitzenden nicht an den Schatzmeister, sondern an Adenauers rechte Hand Globke. Nach Rücksprache mit dem Kanzler wurden die Beträge je nach Antragskonstellation bewilligt. Das Spendensystem half Adenauer, die Landesverbände auf seine Linie zu bringen. Ob Pferdenges oder Globke in ihren Sonderkonten noch größere Aushilfssummen fanden, hing wesentlich von der politischen Ausrichtung der Landesvorstände ab. Die Wirtschaftsverbände verlangten für ihre Zahlungen die Kooperation der „bürgerlichen“ Parteien gegen die SPD. Blieb diese aus, wurden die monatlichen Zahlungen sofort eingestellt.

1953 bekam das etwa die CDU in Hessen zu spüren, weil sie kein Wahlbündnis mit der FDP eingehen wollte. Der Landesvorsitzende Fay beschwerte sich daraufhin, es sei „geradezu der Höhepunkt, wenn man uns jetzt erklärt, wenn ihr dieses Wahlbündnis nicht eingeht, könnt ihr zum Arbeitsamt gehen, das heißt, ihr bekommt überhaupt kein Geld“. Adenauer reagierte gelassen: „Die Fördergesellschaft gibt ihr Geld - und daraus hat sie nie einen Hehl gemacht - nicht etwa aus Freude an Wahlen, sondern sie gibt ihr Geld lediglich, damit die Sozialdemokratie geschlagen wird.“

Auch wenn sich der junge Kohl bewußt vom „System Adenauer“ absetzte - dies war das Milieu, in dem er politisch sozialisiert wurde. Kohl trat keineswegs als welt- und wirtschaftsfremder Historiker in die Politik ein. Spätestens bei seinem ersten Arbeitgeber, dem rheinland-pfälzischen Landesverband der Chemischen Industrie, knüpfte er Kontakte mit wichtigen Spendern. Wie in anderen Bereichen trat Kohl beim Thema Parteifinzen zunächst als ein kritischer Reformler auf.

Doch Kohls Kanzlerschaft knüpfte nahtlos an Adenauers Führungsstil an. Wie der erste Kanzler stützte sich Kohl weniger auf den Parteiapparat als auf persönliche Vertraute. Auch Kohl verankerte politische Loyalitäten durch Spenden und Sonderkonten in der föderal strukturierten CDU. Und diese Machtressource scheint er genau gesteuert zu haben. Einst hatte Kohl Transparenz eingefordert, um an den Machtstrukturen teilzuhaben, jetzt hielt auch er seine Finanzen verdeckt. Weder im Präsidium noch im Bundesvorstand ließ er die Thematisierung von Spendenfragen zu; nicht einmal während der Flick-Affäre, die zu neuen Spendengesetzen und damit zu einer gewissen Umstrukturierung des CDU-Spendensystems führte. (vgl. Frank Bösch, Historiker an der Universität Göttingen schreibt an einer Parteigeschichte der CDU, DIE ZEIT, 9. Dezember 99)

Wie geschmiert:

### Die Energiepolitik flüssiger Treibstoffe

Mit internationalem Haftbefehl fahnden französische Behörden nach dem 80-jährigen Korsen André Guelfi, genannt „Dede, die Sardine“, weil er sich die ersten Millionen im Fischgeschäft verdiente.

Richtig reich wurde Guelfi erst als Elf-Mittelsmann. Der Konzern beauftragte ihn wegen seiner exzellenten Kontakte zu den Mächtigen dieser Welt damit, Großaufträge zu aquirieren. Seit vier Jahren taucht sein Name immer wieder auf in den Ermittlungen der Pariser Untersuchungsrichterin Eva Joly. Die hartnäckige, aus Norwegen Stammende, ist seit fünf Jahren dabei, das gesamte „System Elf“ ans Tageslicht zu zerren, ein unglaubliches Geflecht aus Bestechung, Erpressung, illegaler Parteienfinanzierung, gekauften Politikern und allmächtigen Managern. Es gilt mittlerweile als erwiesen, daß der auf Wunsch von General Charles de Gaulle geschaffene und nun vor seiner Fusion mit Total-Fina stehende Konzern Elf-Aquitaine nahezu als Parallelregierung Frankreichs fungierte. Über Konten und Briefkastenfirmen in der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg schmierte der Öl-Konzern Elf alle mit hunderten Millionen Franc, die seinen Geschäften oder den Interessen Frankreichs nützlich sein konnten. Le Floch-Prigent, Elf Aquitaine Präsident von 1989 bis 1993, betrachtete den Konzern nicht nur als Wirtschaftsbetrieb, sondern als Instrument der französischen Außenpolitik: „Der Chef von Elf steht dem Staatspräsidenten oder der Partei an der Macht nahe.“ (vgl. FAZ, S. 7, 22.12.99)

Das „System Elf“ reichte bis ganz oben. Mitterands enger Freund und Ex-Außenminister Roland Dumas beispielsweise mußte sich jüngst als Präsident des Verfassungsgerichts beurlauben lassen, weil sich seine langjährige Maitresse von Elf aushalten ließ.

Guelfi behauptet, im Auftrag des französischen Ölkonzerns Elf-Aquitaine rund 85 Millionen Mark „Kommissionsgelder“ an deutsche Parteien gezahlt zu haben. Wenn ein Mann, der im Ruf stand, stumm wie ein Fisch zu sein, auf einmal die Sprache wiederfindet, ist Vorsicht angebracht.

1992 will Guelfi das Schmiergeld über seine Liechtensteiner Firma „Nobleplace“ an zwei deutsche Briefkastenfirmen geleitet haben. Angeblich hatte er den Auftrag, den Verkauf der Minol-Tankstellen und der Raffinerie Leuna an Elf zu „begünstigen“. Der damalige Präsident Francois Mitterand und Bundeskanzler Helmut Kohl, so Guelfi, hätten von dem Bestechungsversuch gewußt.

Guelfi erklärte sich inzwischen bereit, vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuß zum Thema Parteispenden auszusagen - wenn ihm „freies Geleit“ zugesagt werde. Seinem Anwalt kündigte er in diesem Fall ein „prächtiges Spektakel“ an. (vgl. DER SPIEGEL, S.27, 51/99)

Daß Elf bei massiven Geschäftsinteressen in Deutschland ihre gewohnt-bewährte Praxis der Schmiergeldzahlungen weiterführte, ist der Verdacht. Doch hier steht Aussage gegen Aussage: die Behauptungen von André Guelfi gegen das kategorische Dementi von Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl. (vgl. „Flensburger Tageblatt“, S.6, 28.12.99)

Obwohl Leuna bekanntlich in Deutschland liegt, liefen in den vergangenen drei Jahren nur in Genf und Paris die Ermittlungen in der Affäre um die Privatisierung der ehemaligen DDR-Raffinerie: wegen Betrugs, Veruntreuung und Geldwäsche. Am 19. März 1997 deutete der ehemalige Elf-Manager Maurice Mallet der Untersuchungsrichterin Eva Joly gegenüber Schmiergeldzahlungen an: „In Hinblick auf Mittelsmänner und Geldverschwendungen könnten wir uns über die Raffinerie in Leuna und gewaltige Ausgaben unterhalten.“ Mindestens 100 Millionen Mark Schmiergelder sollen nach Deutschland geflossen sein, sagen die Staatsanwälte in Frankreich und in der Schweiz.

In Paris glauben Aktenkundige zu wissen, welche einst hoch gestellte Persönlichkeit „der Verteiler der Schmiergelder“ gewesen sein soll. Doch fehlen den Ermittlern gerade jene „aufschlußreiche Unterlagen, die die deutsche Spur belegen“. Sie wurden bei einem Einbruch in ein Büro der französischen Finanzpolizei am 20. April 1997 gestohlen. Der Bundesnachrichtendienst teilte sogleich mit, daß er mit dieser Aktion nichts zu tun habe. Den Vorwurf hatte allerdings niemand erhoben. Französische Blätter schreiben immer wieder unter Berufung auf die gestohlenen Unterlagen, daß zumindest ein Teil des Geldes bei der CDU gelandet sei.

Als Opfer von Betrügern sieht der neue Elf-Chef Philippe Jaffré seinen Konzern. Jaffré, der aus Elf „ein ganz normales Unternehmen“ machen möchte, vermutet, daß Privatpersonen das Schmiergeld in ihre Taschen gesteckt haben. (vgl. DIE ZEIT, S.18, vom 22. 12. 99)

Der schweizer Generalstaatsanwalt Bertossa in Genf wundert sich: Da gingen die Augsburger Kollegen eifrig dem Verdacht unversteuerter „Provisionen“ bei einer Lieferung von Panzern nach Saudi-Arabien nach, doch im Fall Leuna seien die Augsburger lange Zeit untätig geblieben trotz „erstaunlicher Parallelen“, obwohl „dieselben Personen“ aufträten und der Skandal nach „demselben Muster“ ablaufe. Für den Augsburger Oberstaatsanwalt Alexander Nemetz sei der Leuna-Komplex nur „ein Teilaspekt in einem Randbereich unserer Gesamtermittlungen“.

Obwohl der französische Staatspräsident Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Kohl dem Geschäft ihren Segen gegeben hatten, sicherte der Staatsbetrieb Elf sein Angebot wie üblich ab. Stroh-männer richteten Konten ein, mindestens eine Scheinfirma wurde gegründet, eine Riege bewährter Berater geheuert.

Dazu gehört auch Dieter Holzer. Ihm fiel auf, daß eine Vertraute von Helmut Kohl gerade einen Job sucht und nützlich sein kann. Agnes Hürland-Büning, fast 20 Jahre Mitglied im Deutschen Bundestag, gerade als Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Verteidigungsministerium ausgeschieden, schließt am 24. April 1991 mit Holzers Firma Delta International einen Vertrag ab. Als „Industrieberaterin für internationale Großunternehmen“, verpflichtet sie sich, die Hälfte ihrer Provisionen als „Finder's Fee“ an Delta International abzugeben. Sie berät Thyssen, der sich wegen des Leuna-Geschäfts mit Elf zum TED-Konsortium zusammenschließt. Elf reizt das profitable Netz von mehr als tausend Minoltankstellen. Zum Schluß wird der Minol-Kaufpreis von 530 Millionen auf 290 Millionen Mark reduziert und Elf muß statt der üblichen 4,5 Pfennig pro Liter nur 1,5 Pfennig Konzessionsabgabe für die Minol-Autobahntankstellen zahlen.

Thyssen bestätigt die acht Millionen Mark Honorare für die ex Staatssekretärin Agnes Hürland-Büning und forscht nun nach, wie deren enorme Höhe zu rechtfertigen ist.

Verblüffend, daß ein weiterer ex Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, einst Präsident des Verfassungsschutzes, CSU-Mitglied Holger Pfahls, vermutlich in Ostasien untergetaucht und per internationalem Haftbefehl gesucht, anscheinend mit von der Partie ist.

Interne Notizen des Bundeskanzleramtes legen den Schluß nahe, daß Originalakten zur Privatisierung von Leuna-Minol aus den Jahren 1991 bis 1994 bereits seit Jahren fehlen. Im Kanzleramt machte sich Ende Februar 1998 das Referat Innerer Dienst auf die Suche nach den verschollenen Akten. Am 26. Oktober 1998 - vor Dienstantritt von Bundeskanzler Schröder - gab der Innere Dienst seine Bemühungen auf. (vgl. DER SPIEGEL, S. 35, 52/99)

### Warum gewinnt nicht das bessere BP-Angebot Leuna-Minol, sondern ausgerechnet Elf?

Das Konkurrenzangebot eines Konsortium unter Führung von BP sah keinen Neubau der Raffinerie vor, vielmehr sollte die alte Raffinerie modernisiert und erweitert werden. Das hätte den Steuerzahler sehr viel weniger gekostet. Die Belegschaft favorisierte dieses Konzept aus beschäftigungspolitischen Gründen. BP, erinnerte sich der frühere Betriebsrat Klaus Dietzsch, habe nicht nur die Raffinerie, sondern die ganze weiterverarbeitende Chemie übernehmen wollen. Auch wollte das BP-geführte Konsortium die Minol-Tankstellenkette aufteilen, was ordnungs- und wettbewerbspolitisch die sauberere Lösung gewesen wäre. Alles in allem, urteilte damals der unabhängige Erdöl-Informationsdienst, sei der Verkauf an Elf „volkswirtschaftlich die schlechteste aller Alternativen“ gewesen. Für die Weiterführung der alten Leuna-Raffinerie bis zur Fertigstellung der neuen bekam Elf die Betriebsverluste ersetzt: insgesamt zwei Milliarden Mark. „Mit sozialer Marktwirtschaft“, so der Erdöl-Informationsdienst, habe das Leuna Geschäft „nichts zu tun“.

Und schließlich hat das Elf-Konsortium gewaltige Subventionen eingestrichen, insgesamt 1,4 Milliarden Mark. Um diese Summe zu erhalten, berichtete die „Welt am Sonntag“ am 19. Dezember 99, seien Mitarbeiter der Treuhand bestochen worden. Bislang unbekannte Akten legten nahe, die Bestechungsgelder hätten manipulierte Investitionspläne decken sollen, um die überhöhten Subventionen einstreichen zu können.

Elf erhielt mit Leuna-Minol eine marktbeherrschende Stellung im Osten.

Leuna, von den BASF im I. Weltkrieg 1916 als Produktionsstätte für Sprengstoff auserkoren, wird noch manchem politischen Blindgänger der DDR-Wende zum Verhängnis.

### Zufälle, nichts als Zufälle - möchten manche „aufklären“

- Kohl-Intimus Terlinden hat eine 6-Millionen-Mark-Spende des Ehepaars Ehlerding per Schecks persönlich abgeholt. Bislang bestreiten alle Beteiligten, daß die Spende im Zusammenhang mit der zeitnahen Privatisierung der deutschen Eisenbahnerwohnungen stehen könnte. Bei dem Verkauf im Jahr 1998 erhielt das deutsche Bieterkonsortium, an dem die Ehlerdings beteiligt sind, den Zuschlag. Die Konkurrenten, die dem Bundeshaushalt eine Milliarde Mark mehr gebracht hätten, gingen leer aus. Helmut Kohl sagt dazu: „Ich habe mit dieser Spende nichts zu tun gehabt, ich habe das in diesen Tagen auch erst erfahren.“ (DIE ZEIT, 22.12.99)
- Vollends nebulös erscheint die Herkunft jener fast 11 Millionen Mark, die an den hessischen Landesverband der CDU und den Kreisverband Frankfurt geflossen sind. Die drei Vermächtnisse, die in den Jahren 1989, 1991 und 1996 im hessischen Rechenschaftsbericht unter „sonstigen Einnahmen“ verbucht sind, stammen allesamt von unbekanntem Spendern. Die Nachlaßverwalter in Liechtenstein und in der Schweiz halten strikt an der Anonymität der verstorbenen Wohltäter fest. Selbst in der CDU/CSU-Fraktion heißt es: „Diese Gelder stinken zum Himmel.“ (DIE ZEIT, 22.12.99)

Am 30. November 1999 ging die Ära Kohl zuende. Helmut Kohl gab vor dem Präsidium der CDU und vor der Presse eine Erklärung ab, in der er die politische Verantwortung für eine von den übli-

chen Konten der CDU praktizierte Kontenführung übernahm. Die Ermittlungen gegen den früheren CDU-Schatzmeister Leisler-Kiep zwangen Kohl das öffentliche Eingeständnis ab, vorsätzlich geheime Parteikonten geführt und damit vorsätzlich gegen das Gebot der Transparenz und gegen ein Gesetz verstoßen zu haben, das während seiner Kanzlerschaft nach der vorangegangenen Parteispendenaffäre geschaffen wurde.

## Im Schatten des Schwarzen Riesen und seinen schwarzen Kassen legal, illegal, scheißegal?

Für die Glaubwürdigkeit der Rechtsstaats- und Ordnungspartei CDU tritt deren tapfere Generalsekretärin Angela Merkel ein: „Kohl hat der Partei gedient. 25 Jahre war er Parteivorsitzender, das ist die halbe Geschichte der CDU. Vier Bundestagswahlen konnte er als Spitzenkandidat gewinnen. Nur auf einem wahren Fundament kann die Zukunft aufgebaut werden. Diese Erkenntnis muß Helmut Kohl, muß die CDU für sich annehmen. Es geht um die Glaubwürdigkeit Kohls, es geht um die Glaubwürdigkeit der CDU, es geht um die Glaubwürdigkeit politischer Parteien insgesamt.“ (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 12.99 )

## Die Wirklichkeit der demokratischen Verfassung muß zur Debatte gestellt werden

Thomas Mann behauptete im Jahre 1918 in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“: Das deutsche Volk werde die politische Demokratie nie lieben können, weil es die Politik selbst nicht lieben kann. Der Obrigkeitsstaat sei ihm angemessen und zukömmlich. Auch er selbst sehne sich nach Sachlichkeit, Ordnung und Anstand.

Mit seinem Wort vom „Patriarchen“ Kohl hat der CDU-Parteivorsitzende Schäuble an den wahren Patriarchen Adenauer erinnert, der anordnete: jetzt herrscht Demokratie. Eine Demokratie, die über die „Eselsbrücke der Einstimmigkeit“ obrigkeitlich ausgehebelt wurde.

- Was bedeutet es, wenn die sich unter der Besetzung der Alliierten demokratisch entwickelte Bundesrepublik, nun, nach der Wiedererlangung der vollen Souveränität - ohne Friedensvertrag! - rückgebaut wird auf das Fundament des Reiches, das über drei „Einigungskriege“ mit „Blut und Eisen“ geschmiedet in zwei Weltkriege führte? Soll wiedererstehen was mit dem deutschen Sonderweg begann und 1945 in der Katastrophe mit zig Millionen Toten endete?

Was bedeutet das für den Weltfrieden, wenn das von den Alliierten geforderte Grundgesetz Stück für Stück auf die Verfassungsgrundlage des II. Deutschen Reiches von 1871 zurückgestutzt wird? Offen schreibt das Flensburger Tageblatt am 1. August 1998: „Otto von Bismarck war der erste deutsche Bundeskanzler. ... (Er) gilt als Vorbild für die Bonner Kanzlerdemokratie“.

Obwohl entsprechend dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949 Bundesstiftungen nur eingerichtet werden dürfen, wenn sie der Förderung der Demokratie dienen, hat die Bundestagsmehrheit unter Kanzler Helmut Kohl zum 30. Juli 1998, dem 100. Todestag des Gründers des II. Deutschen Reiches, ein Gesetz für eine Otto von Bismarck-Stiftung für politische Bildung verabschiedet, obgleich Bismarcks politisches Leit- und Karrieremotiv bekannt ist: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Ist Bismarcks Geist für die politische Zukunft der EU erforderlich?

In diesem Sinne hatte auf einer Bismarck-Feier am 13. Juli 1998 der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger in Gegenwart des deutschen Innenministers Manfred Kanther / CDU gesprochen.

- Konnte die Bevölkerung der DDR mit dem Beschluß ihrer frei gewählten Volkskammer vom 23. August 1990 zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990, davon ausgehen, daß sie trotz entsprechenden Auftrages des Grundgesetzes nicht über die endgültige Verfassung in einer Volksabstimmung mitabstimmen würde?

Was bedeutet es, wenn der vorige Bundespräsident Roman Herzog am 27. August 1998 schreiben ließ (Az.: 11-200 02-801 an den Unterzeichner), das Grundgesetz besaß gleichwohl *„schon seinerzeit und besitzt ... erst recht heute alle Merkmale einer vollständigen Verfassung. Insoweit kann auch nicht eingewandt werden, es sei ohne eine Befragung der Bevölkerung in Kraft gesetzt worden. ... Ein möglicherweise gegebener Mangel im Verfahren beim Erlaß des Grundgesetzes hat in der Folgezeit keine Bedeutung erlangt. ... Es hat sich in den Jahrzehnten seines Bestehens auf der Basis eines weiten Konsenses in der Bevölkerung und in den tragenden politischen Kräften bewährt.“* ? Fiel doch bekanntlich die Arbeit des Parlamentarischen Rates im Jahr 1948/49 in eine Zeit, in der das unmittelbare Überleben das Denken der Menschen prägte.

Symbol für die Mißachtung demokratischer Willensbekundungen ist das falsche Hissen unserer Flagge: Schwarz-Rot-Gold. Wie auf einem Bild des zweiten Wartburgfestes 1848, in der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden, Abteilung Fotothek, deutlich zu erkennen ist, wehen alle Fahnen das Gold oben. Tat Bismarck Schwarz-Rot-Gold verächtlich als „Studentenfarben“ ab, einigte man sich 1949 auf diese drei Farben, damit „die Freiheitsidee, die Idee der persönlichen Freiheit eine der Grundlagen unseres zukünftigen Staates ist“.

Schwarz das Fundament und der fruchtbare Boden;

Rot das Blut, Medium zwischen Materie, Körper und Geist;

Gold das Licht, die göttliche Wahrheit, sich weder an der Luft noch im Wasser zersetzend.

Während sich das Deutsche Volk in seinen Revolutionen 1848 und 1989 auf die Freiheit des Geistes berief, symbolisiert das verkehrte Flaggen von Schwarz, Rot, Gold die wirkliche Verfassung: der Materialismus unterdrückt das Geistige.

- Prof. Dr. Richard Schröder, Vizepräsident der Humboldt-Universität in Berlin und Fraktionschef der SPD der ersten (und letzten) frei gewählten DDR-Volkskammer monierte: „Der Bundestag hat bis heute die Sitzungsprotokolle der frei gewählten DDR-Volkskammer nicht veröffentlicht. Wenn um die Einigung gestritten wird, geht es immer darum, was der Westen richtig oder falsch gemacht hat. Die Ostdeutschen sind dann entweder Beschenkte, die dankbar zu sein haben, oder arme Opfer. 1990 hatten wir Ostdeutschen aber bereits ein frei gewähltes Parlament und eine demokratische Regierung. Das geht völlig unter.“ (Süddeutsche Zeitung vom 10. November 1999)

Wir fordern Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht auf, jeweils das ihre zu tun, daß zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 2000 die Sitzungsprotokolle der frei gewählten DDR-Volkskammer in CD-ROM-Form allen - auch für die politische Bildung - zugänglich sind.

Max-Eyth-Allee 22-24,  
14469 Potsdam, den 1. Januar 2000

Ulrich Jochimsen

1. Sprecher des Vorstandes der Grundtvig-Stiftung e.V. für bürgerbewegte politische Bildung;  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V.  
Telefon 0331-500031, 0161-1417708, 0045-40558831, FAX 0461-582193

“Wie aus Jupiters Stirn einst Pallas Athene,  
so sprang aus Bismarcks Haupt das Reich  
waffengerüstet hervor.” Emanuel Geibel

## Was ist das Deutsche Reich?

“Die Reichsgründung hatte die Verbindung von demokratischem und nationalem Wollen zerrissen. Sie hat das deutsche Nationalbewußtsein einseitig an die monarchisch konservativen Kräfte gebunden, die in den Jahrzehnten vorher dem demokratischen Einheitswillen hartnäckig im Wege standen.” (Bundespräsident Gustav Heinmann zum 100. Jahrestag der Reichsgründung von Versailles)

Auf der Suche nach Gott fand Bismarck den Staat. Und anders als Gott, den er hinnehmen mußte, wie er seit Luther war, konnte er den Staat nach seinem Bilde formen. 1847 war das Jahr der Krise Bismarcks im Ringen um Lebenssinn vor Gott, und es war das Jahr der Entscheidung für den Staat. Radikal lutherisch war das gedacht: keine Gerechtigkeit durch fromme Werke und gute Zwecke. Der junge Bismarck gab Gott, was Gottes war, und dem Staat, was des Staates war. Er fiel auf, weil er verwickelte Rechts- und Verfassungsfragen auf ihren politischen Kern zurückzuführen wußte. Freund oder Feind, ein Drittes wurde nicht gegeben. Bismarcks Zeit kam mit dem Brandgeruch der Revolution. Er war Revolutionär gegen die Revolution. Der Staat war ihm ein Machtgefüge, das alte Rechte schützte, weil sie einmal da waren.

1850 - Österreich und Rußland hatten gleichsam mit vorgehaltener Pistole Preußen gezwungen, auf die Führung in Norddeutschland zu verzichten, Preußens bitterste Stunde, war die Bismarcks. Im Parlament, in der Öffentlichkeit und selbst in der Armee tobte ein Sturm der Entrüstung los. Bismarck trat ans Rednerpult und hielt eine jener Reden die wie nebenbei seinen Weg zur Macht erheblich verkürzten: “Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grund zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.”

Aus einer Niederlage machte Bismarcks Rede einen Sieg des monarchischen Prinzips, aus einem Rückzug einen scharfen Angriff auf “das sogenannte Volk”. Die Revolution von 1848, sie sollte ungeschehen gemacht werden. Preußen mußte die Welle des Nationalismus, die 1848 noch einmal gebändigt worden war, reiten, um nicht das nächstmal von ihr verschlungen zu werden. Mitteleuropa bedurfte einer neuen Ordnung, und Preußen mußte sie herbeiführen, sonst würden es andere tun. (Vgl. Michael Stürmer, “Die Reichsgründung”, dtv 4504, Seite 15-22)

## Aufzeichnung eines Gesprächs Bismarcks mit dem russischen Diplomaten von Mengden, August 1865:

Österreich ist gereizt, die preußische Presse muß schonend auftreten; sie muß leugnen, daß der Gasteiner Vertrag Geheimartikel enthält, die doch vorhanden sind... Verhandlungen über die Entscheidung für Holstein und Schleswig sind im Gange. 12 Millionen Taler sind geboten, “Garantie von Venedig”, dies Wort habe ich noch nicht ausgesprochen, tue ich es, so erhalte ich von Österreich, - was ich will. Es ist sehr möglich, daß ich es tue...

Den Parlamentarismus werde ich in Deutschland töten; den kleinen Staaten habe ich eine Falle gestellt, sie haben von der Bereitwilligkeit, für Deutschland Opfer zu bringen, viel gesprochen, nun mögen die, die für eine deutsche Flotte gegessen, getrunken und gesungen, auch eine bauen... (Vgl. Michael Stürmer, “Die Reichsgründung”, dtv 4504, Seite 136-7)

## Stimmen zum Fundament des Deutschen Reiches

“Wo wir einen festen Standort suchen, finden wir den Boden wanken, erschüttert bis weit zurück in die Jahrhunderte von derselben Katastrophe, die uns gegenwärtig erschüttert. Unsere Geschichte ist zweideutig, vieldeutig wie kaum eine - die Deutung aber, die uns anvertraut worden und uns vertraut geworden, sie ist in sich zusammengestürzt.” (Ludwig Dehio)

“Es war auch schon in der unmittelbaren Leistung Bismarcks selbst etwas, das auf der Grenze zwischen Heilvollem und Unheilvollem lag und in seiner weiteren Entwicklung mehr zum Unheilvollen hinüberwachsen sollte... Der erschütternde Verlauf des Ersten und noch mehr des Zweiten Weltkrieges läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späteren Unheils in ihm von vornherein wesenhaft steckten.” (Friedrich Meinecke)

Bismarck und sein Werk, von den Nationalsozialisten so hemmungslos als Vorläufer und Vorstufe in Anspruch genommen, galt es nach zwei Seiten zu verteidigen: gegen den Anspruch der NS-Ideologie wie gegen den Schuldspruch der Sieger. Bismarck galt es, aus dem Chaos zu retten. Solange die Wiedervereinigung noch als reales Ziel deutscher Politik galt, war es wichtig, Dauerhaftigkeit und Friedlichkeit des deutschen Nationalstaates zu behaupten. Gewiß, Bismarcks friedlose Innenpolitik war Belastung des Konsenses und der politischen Kultur.

Bismarck als ein Lehrmeister für die Politik von heute? 1965 jährte sich zum 150. Mal der Tag von Bismarcks Geburt. Die Diskussion in Politik, Öffentlichkeit und Fachhistorie kreiste vielfach um diese Frage. Die Antworten waren distanziert, im ganzen negativ. Es ist daran zu erinnern, daß Bismarck selbst am wenigsten an Dauer und Belastbarkeit des Reiches glaubte.

Als Stimme des alteuropäischen Konservatismus, der 1866 unterlag, muß der Baseler Historiker Jacob Burckhardt verstanden werden, der in Briefen und Reflexionen die Reichsgründung und die deutsche Unruhe kassandrahafte begleitete. Seine Warnungen konnten erst nach 1945 in ihrem Wahrheitsgehalt begriffen werden. (Vgl. Michael Stürmer, “Die Reichsgründung”, dtv 4504, Seite 180-9)

## Deutsches Nationalbewußtsein

Um der in Deutschland besonders tiefgehenden religiösen Glaubensspaltung zu entgehen oder sie wenigstens politisch zu überwinden, wurde das Kulturbewußtsein mit religiösen Vorstellungen und Werten aufgeladen und auch in zunehmendem Maße zum Träger des ethischen Bewußtseins gemacht. Je mehr das Nationalbewußtsein ideologisiert wird, desto weniger läßt es sich mit Demokratie vereinbaren. Wird die nationale Gemeinschaft als Ort der Versittlichung der Menschen betrachtet, entscheidet sich, wie weit wir sittlich sind, an unserem Verhältnis zu dieser “übergeordneten” nationalen Gemeinschaft. Das ist ein klarer Ansatz totalitären Denkens. (Vgl. Hans Buchheim, “Aktuelle Krisenpunkte des deutschen Nationalbewußtseins”, Mainz 1967)

## Die Herkunft des Einheitswillens ist nicht gleichgültig

Das Bewußtsein des Zueinandergehörens und des Getrenntseins bezieht sich etwa auf die ursprüngliche Gemeinsamkeit, die im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation einmal war. Die spezifische Einheit mit der Hauptstadt Berlin besteht erst seit 1871 und wurde unter lebhaften, geistigen Widerständen errichtet.

Jacob Burckhardt sah vor 1848, daß die faktischen Kräfte in Deutschland den falschen Weg gingen indem sie erst die Einheit (d.h. Macht), dann die Freiheit (d.h. politische Würde) wollten. Seit 1866 wurde der Weg zur Einheit und Macht durch Gewalt auch von der Mehrzahl der deutschen Liberalen mit Begeisterung begrüßt, die nicht merkten, daß die politische Freiheit keineswegs errungen war.



Denn Bismarcks Staatsgründung war nicht auf politische Freiheit, sondern auf möglichst weit ausgreifende deutsche Einheit gerichtet, ist auf "Blut und Eisen" gegründet. In den Maastricht-Verträgen wiederholt sich der alte Streitpunkt: Bismarcks gewaltsame Einheit war zwar rechtsstaatlich liberaler, aber politisch unfreier Staaten, während ein Teil der Männer der Paulskirche eine konföderative Einheit politisch freier deutscher Staaten wollte.

"Würde jedoch die Wiedervereinigung aus dem Geist des Nationalismus und des deutschen Machtwillens erfolgen, dann wäre sie sogar ein Unheil... Das nationaldeutsche Bewußtsein politischen Charakters ist aber eine noch immer starke psychologische, zum Massenwahn aufputschbare Realität. Ihm entspricht keine Wirklichkeit." (Karl Jaspers, "Freiheit und Wiedervereinigung")

Max-Eyth-Allee 22-24,  
14469 Potsdam, den 1. Januar 2000

Ulrich Jochimsen

1. Sprecher des Vorstandes der Grundtvig-Stiftung e.V. für bürgerbewegte politische Bildung;  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V.  
Telefon 0331-500031, 0161-1417708, 0045-40558831, FAX 0461-582193